

MALI

Gewerkschaftsmonitor

April 2025

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit Ausbruch der multidimensionalen Krise im Jahr 2012 hat sich die Situation in Mali in nahezu allen Bereichen verschlechtert, maßgeblich in den Bereichen Sicherheit und Politik. Neben dem Norden des Landes hat die Gewalt in den letzten vier bis fünf Jahren vor allem im Zentrum des Landes zugenommen, insbesondere in den Regionen Mopti und Segou, sowie in der Grenzregion zu Burkina Faso und Niger. Hier häufen sich gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen staatlichen Akteur_innen und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen. Die zunehmende politische Instabilität gipfelte 2020 und 2021 in Militärputschen. Damit erhöhte sich die Anzahl militärischer Umstürze seit der Unabhängigkeit des Sahelstaats 1960 auf fünf. Der Putsch 2020 erfolgte im Anschluss an Proteste, die die schlecht organisierten Parlamentswahlen im Frühjahr zum Auslöser hatten. Der Putsch 2021 wurde von den Putschisten als »Korrektur« des ersten gerechtfertigt. Beide Umstürze bedeuteten die Rückkehr der Armee an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten. Damit einher ging eine weitere Schwächung der malischen Demokratie, die sich in der Einschränkung individueller und kollektiver Rechte und Freiheiten äußerte. So scheint das Demonstrationsrecht nur für Unterstützer_innen des Regimes zu gelten; und Gesetzesverstöße werden nur selektiv verfolgt und vollstreckt.

Insbesondere die junge Generation spielt eine Schlüsselrolle bei längerfristigen Reformen und der Festigung der malischen Demokratie. Hierbei kommt es besonders auf junge Multiplikator_innen in Parteien, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft an.

An der Zustimmung der malischen Bevölkerung zur aktuellen Putschregierung lässt sich ablesen, dass sowohl das bisherige politische Establishment als auch »Demokratie« so wie sie in Mali bisher erlebt wurde nur bedingt unterstützt werden. Stattdessen werden schnelle und populistische Lösungen be-

vorzugt – wie sie von der momentanen Übergangsregierung präsentiert werden.

Das autoritäre Vorgehen der Übergangsregierung lässt zudem wenig Platz für politische Beteiligung. Dies betrifft politische Parteien ebenso wie Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Akteure. Meinungsäußerungen sind nur begrenzt möglich und Entscheidungen werden ausschließlich durch den Präsidenten und die oberste Führungsriege der Militärs getroffen.

Offiziell soll es im Frühjahr 2024 zu Präsidentschaftswahlen kommen, welche die Rückkehr zu einer verfassungsrechtlichen, demokratischen Ordnung darstellen sollen. Der erste Schritt hierzu, ein Verfassungsreferendum zu einer neuen malischen Verfassung, wurde mit dreimonatiger Verspätung am 18. Juni 2023 durchgeführt. Eine überwältigende Mehrheit von 97 Prozent der abgegebenen Stimmen nahm den Verfassungsentwurf an.

Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen, MINUSMA, befindet sich seit 2013 im Land. Unter der Übergangsregierung ist es vermehrt zu Spannungen zwischen der Mission und dem Gastland gekommen. Am 16. Juni 2023 verkündete die malische Übergangsregierung, dass die MINUSMA sofort abziehen solle. Dies ist nun bis zum Jahresende 2023 geplant. Die Auswirkungen des Abzugs auf die Sicherheitslage im Land, aber auch die ökonomische Entwicklung werden aller Wahrscheinlichkeit nach sehr negativ sein.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Mali ist weiterhin eines der ärmsten Länder der Welt. Im letzten Ranking des Human Development Index (HDI) wird Mali auf Platz 186 von 191 untersuchten Ländern geführt. Laut Weltbank ist die nationale Armutsrate in Mali zwischen 2019 und 2021 von 42,5 Prozent auf 44,4 Prozent gestiegen. Die extreme Armut stieg bis 2022 auf 19,1 Prozent an, da die Kaufkraft der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen

infolge des Anstiegs der Verbraucherpreise und des schwachen Wirtschaftswachstums schwand.

Nach einem Zensus im Jahr 2022 wird die Bevölkerung Malis auf etwas über 22 Millionen geschätzt, bei einem Bevölkerungswachstum von etwa drei Prozent im Jahr. Die Bevölkerung ist vor allem ländlich geprägt, etwa 57 Prozent leben auf dem Land.

Die staatlichen Ausgaben, die seit 2020 erhöht worden waren, um auf die Pandemie zu reagieren und die sozioökonomische Krise einzudämmen, stiegen 2022 weiter an, insbesondere getrieben von den Ausgaben für Sicherheit. Die Steuereinnahmen hingegen gingen 2022 zurück aufgrund der Ausgaben zur Eindämmung der Inflation und aufgrund der Auswirkungen der Sanktionen der *Economic Community of West African States* (ECOWAS) auf die Handelsströme.

Kurzfristige Prioritäten sind die Durchführung von Wahlen gemäß dem mit der ECOWAS vereinbarten Zeitplan, um zu einer demokratischen Regierungsführung zurückzukehren und um gleichzeitig die Reformen zur Verbesserung der öffentlichen Verwaltung fortzusetzen, insbesondere der Steuerverwaltung.

Offiziellen Zahlen zufolge lag die Arbeitslosenquote 2022 bei 12,5 Prozent, allerdings ist in einer hochgradig von Informalität geprägten Wirtschaft wie der malischen die Aussagekraft einer solchen Zahl notwendigerweise begrenzt. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 24,4 Prozent deutlich höher als im Rest der Bevölkerung. Das Thema ist daher auch von besonderem Interesse für die Gewerkschaften. Aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums ist die Zunahme der Zahl junger Arbeitskräfte erheblich und kann nicht in entsprechendem Umfang aufgefangen werden. Schätzungen zufolge drängen jährlich etwa 300 000 Personen auf den Arbeitsmarkt. Problematisch ist hierbei auch, dass viele potentielle Berufsanfänger_innen nicht über die Qualifikationen verfügen, die am Arbeitsmarkt benötigt werden; eine staatlich organisierte/institutionalisierte Berufsausbildung gibt es nicht und das Niveau der Schulbildung ist im Vergleich zu früheren Jahrgängen eher niedrig. Junge Universitätsabsolvent_innen finden häufig auch trotz ihres Bildungsstands keinen Arbeitsplatz oder sind monate- und manchmal jahrelang in unbezahlten Praktika beschäftigt.

Der Nationale Entwicklungsplan (*Cadre stratégique pour la Relance économique et le Développement durable*, CREDD 2019–2023), den die Regierung des vorherigen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita, bekannt als IBK, erarbeitet hatte, konnte nicht genügend Erfolge verbuchen. Eine Nachfolgestrategie der Übergangsregierung ist bisher nicht verfügbar.

Grundsätzlich weist die malische Wirtschaft mehr Schwächen denn Stärken auf. Sie stützt sich hauptsächlich auf den Landwirtschafts- und den Dienstleistungssektor. Der verarbeitende Sektor wird kaum genutzt und hat wenig Wachstumspotential. Zudem ist die malische Wirtschaft kaum diversifiziert. Gold und Baumwolle sorgen für 80 Prozent der Exporteinnahmen. Vielfach bleibt es bei der Ausfuhr von Rohmaterialien ohne Verarbeitung im Land.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Seit der Unabhängigkeit 1960 hat Mali Strukturen und Organe für den sozialen Dialog geschaffen. Zu nennen sind unter anderem der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturrat, der Oberste Arbeitsrat, der Oberste Rat für den öffentlichen Dienst, die Schlichtungskommissionen, die 1987 zur Kontrolle des Streikrechts im öffentlichen Sektor eingerichtet wurden, und die Organe der Personalvertretung auf Unternehmensebene. Diese Strukturen sehen eine Beteiligung von Gewerkschaften vor, wenngleich diese in der Realität vielfach unzureichend ist.

2001 hatte die malische Regierung mit dem ältesten Dachverband des Landes, der *Union Nationale des Travailleurs du Mali* (Nationale Union der Arbeiter_innen Malis, UNTM), und dem Arbeitgeberverband einen Solidaritätspakt für Wachstum und Entwicklung geschlossen. Dieser Pakt wurde im April 2014 evaluiert. Ergebnis der Evaluation war die Empfehlung der Einrichtung eines nationalen Rates für den sozialen Dialog. Die Empfehlung und Einrichtung von komplementären und beratenden Organen wie dem nationalen Rat für den sozialen Dialog ist in Mali ein gängiges Mittel, um kurzfristig Probleme zu lösen oder zumindest politische Handlungsfähigkeit zu signalisieren. Denn der Umsetzung mangelt es diesen Institutionen jedoch an Einflussmöglichkeiten und Hebeln.

Alle diese Strukturen haben im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten zur Belebung des sozialen Dialogs beigetragen. Unter anderem haben sie zur Festlegung des Mindestlohns geführt. Jedoch zeigt dieses Beispiel auch die Grenzen des Systems auf. Der 2016 verabschiedete Mindestlohn von umgerechnet 60 Euro im Monat wurde seitdem nicht mehr erhöht. Eine der größten Herausforderungen innerhalb der malischen Gewerkschaftslandschaft ist zudem ihre starke Fragmentierung. In vielen Sektoren und Branchen gibt es mehrere Gewerkschaften, die um die Gunst von Mitgliedern buhlen und zeitgleich versuchen, deren Interessen adäquat zu vertreten. Gründe für die Aufspaltung einzelner Gewerkschaften sind oft persönliche Ambitionen hochrangiger Funktionäre und andere interne Machtkämpfe. Diese Fragmentierung betrifft auch die Gewerkschaftsdachverbände. Während nach der Unabhängigkeit nur ein Dachverband (die UNTM) bestand, sind es heute vier, die einen Anspruch auf Vertretung der Bewegung erheben. Darüber hinaus haben sich seit 2012 die Krise der inneren Sicherheit und in den letzten Jahren die antidemokratischen Entwicklungen negativ auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer_innen ausgewirkt. Viele angestoßene Reformprozesse wie Gehaltsanpassungen oder Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung sind aufgrund der Krise nicht weiterverfolgt werden. Betroffene Sektorgewerkschaften treten aufgrund dieser Zustände immer wieder in unbefristete Streiks – etwa in der öffentlichen Verwaltung oder im Bildungswesen.

Die vielleicht größten Erfolge feierten die malischen Gewerkschaften im Bereich der sozialen Sicherung: eine, wenn auch nur rudimentäre, Krankenversicherung inklusive Mutterschutzregelungen, eine Rentenversicherung und eine Versicherung gegen Arbeitsunfälle. Hiervon profitieren jedoch nur die formell Beschäftigten, so dass für die Gewerkschaften die

Herausforderung besteht, die Geltung auch für informell Beschäftigte einzufordern. Ungeklärt bleibt bislang allerdings, wie eine Ausweitung der sozialen Sicherung technisch und finanziell möglich wäre.

Die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung (*Caisse Malienne de Sécurité Sociale*) im Frühjahr 2011 galt zunächst als Fehlstart: Aufgrund enormen Drucks vor allem von Seiten der Gewerkschaften hatte die Regierung nachgegeben und die geplante Pflichtversicherung in eine fakultative Versicherung umgewandelt. Hintergrund war, dass die Gewerkschaften von Teilen ihrer Mitglieder stark unter Druck gesetzt worden waren, da diese bereits eine höhere Absicherung aufgrund von betrieblichen Lösungen genossen hatten. Nach anfänglichen vor allem auch technischen Schwierigkeiten konnten die Leistungen der Krankenversicherung jedoch 2012 verbessert werden, so dass insbesondere der Dachverband *Confédération Syndicale des Travailleurs du Mali* (CSTM) sich nun dafür aussprach. Im Dezember 2019 verabschiedete das malische Parlament eine Erweiterung, das *Regime d'Assurance Maladie Universelle*, diese ist verpflichtend. Stand Anfang 2020 kann davon ausgegangen werden, dass etwa 28 Prozent der malischen Bevölkerung von dieser Absicherung profitieren. Die Gewerkschaften sind in den Verwaltungsorganen der Versicherung, insbesondere der Krankenversicherung, aktiv und bewerten den Prozess regelmäßig.

GEWERKSCHAFTEN IN MALI – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der malischen Gewerkschaften lässt sich grob in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase nach der Unabhängigkeit und unter der autoritären Herrschaft von Moussa Traoré dominierte die UNTM mit ihren Einheitsgewerkschaften die Gewerkschaftslandschaft. Mit dem demokratischen Aufbruch zu Beginn der 1990er Jahre erlebte auch die Gewerk-

schaftslandschaft einen Neustart. Gewerkschaften spielten eine entscheidende Rolle in diesen ersten Jahren der Etablierung von Demokratie. Ende der 90er und Anfang der 2000er fragmentierte sich die Gewerkschaftslandschaft jedoch zunehmend. Zunächst durch die Konföderation der Arbeiter_innen in Mali (*Confédération Syndicale des Travailleurs du Mali*, CSTM) im Jahr 1997. Später, 2006, durch die Malische Konföderation der Arbeiter (*Confédération des Travailleurs du Mali*, CMT) und schließlich 2014 durch die Demokratische Zentrale der Arbeiter_innen in Mali (*Centrale Démocratique des Travailleurs du Mali*, CDTM). Seit Ausbruch der Krise 2012 versuchen die Dachverbände und ihre Einzelgewerkschaften ihre Rolle in diesem »neuen Mali« neu zu definieren. Während die UNTM auf eine Mittlerrolle nah am Staat setzt, sind die anderen Dachverbände näher an der politischen Opposition zu verorten, zumindest so lange, wie diese vor den Putschen von 2020 und 2021 Bestand hatte.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Fragmentierung ist eines der prägendsten Aspekte der malischen Gewerkschaftslandschaft. Insbesondere die beiden Dachverbände UNTM und CSTM waren lange Zeit Rivalen. UNTM und CSTM werden von staatlicher Seite ungleich behandelt. Immer wieder berichtet die CSTM von Diskriminierungen seitens der Behörden. Sie ist von den Gremien des sozialen Dialogs ausgeschlossen und erhält, anders als die UNTM, keine finanziellen Zuwendungen des Staates.

Zwar gibt es auf dem Papier eine klare Trennung zwischen den malischen Gewerkschaften und dem politischen System, doch während der Transition nach den Putschen in den Jahren 2020 und 2021 sind die Vorsitzenden der wichtigsten Gewerkschaften stark in das Übergangsregime eingebunden. So ist beispielsweise der Generalsekretär des größten Gewerkschaftsdachverbands (UNTM) Präsident des Wirtschafts-, Kultur- und Sozialrats von Mali; der Generalsekretär des Dachverbands CSTM ist Mitglied des Übergangsparlaments (*Conseil National*

Tabelle 1:
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Mali

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Union nationale des travailleurs du Mali, UNTM (Nationale Union der Arbeiter_innen Malis)	Yacouba Katilé Karimou Diarra dit Togola	130000 (laut IGB 2022) in 14 Mitglieds-gewerkschaften	IGB, IGB Afrika, OATUU (Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit)
Confédération Syndicale des Travailleurs du Mali, CSTM (Gewerkschaftliche Konföderation der Arbeiter_innen in Mali)	Hamadoun Amion Guindo Awa Sow	16000 (laut IGB 2022) in 19 Mitglieds-gewerkschaften	IGB, IGB Afrika OATUU (Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit)
Confédération des Travailleurs du Mali, CMT (Malische Konföderation der Arbeiter_innen)	Kamate Toure	16 Mitgliedsgewerk-schaften, Mitglieder-zahl: k. A.	–
Centrale Démocratique des Travailleurs du Mali, CDTM (Demokratische Zentrale der Arbeiter_innen von Mali)	Dédéou Ousmane Sidibé Simpara	13 Mitgliedsgewerk-schaften, Mitgliederzahl: k. A.	–

Tabelle 2:

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Mali

Branchenverband / Gewerkschaft	Mitgliedschaft in Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Bildungssektor				
Zusammenschluss folgender Gewerkschaften				
Syndicat des professeurs de l'enseignement secondaire des collectivités, SYPESCO (Gewerkschaft der Sekundarschullehrkräfte in den Kommunen)	–	Almoudou Touré	–	–
Syndicat National de l'éducation de base, SYNEB (Nationale Gewerkschaft für Grundbildung)	–	–	–	–
Syndicat national des enseignants fonctionnaires des collectivités, SYNEFCT (Nationale Gewerkschaft der Lehrkräfte im öffentlichen Dienst)	–	–	k.A.	–
Syndicat national des enseignants du secondaire de l'Etat et des collectivités, SYNESEC (Nationale Gewerkschaft der Sekundarschullehrkräfte des Staates und der Gemeinden)	–	–	–	–
Fédération nationale de l'éducation de la recherche et de la culture, FENAREC (Nationale Föderation für Bildung, Forschung und Kultur)	–	–	–	–
Syndicat national de l'Education et de la culture, SNEC (Nationale Gewerkschaft der Bildung und der Kultur)	UNTM	Moustaphe Guitteye	k.A.	Education International (EI)
Syndicat des Enseignants du Supérieur Privé, SYNESUP (Gewerkschaft der Lehrkräfte an privaten Hochschulen)	–	Abdoul Mallé	k.A.	–
Bankensektor				
Syndicat National des Banques, Etablissements Financiers, Compagnies d'Assurance et Commerces, SYNABEF (Nationale Gewerkschaft der Banken, Finanzinstitute, Versicherungsgesellschaften und Handelsunternehmen)	UNTM	Hamadoun Bah	ca. 8.000	UNI Global Union
Justiz				
Zusammenschluss folgender Gewerkschaften				
Syndicat autonome de la magistrature, SAM (Autonome Richter_innen- Gewerkschaft)	–	Bourama Kariba Konaté	k.A.	Organisation Africaine des Magistrats (Afrikanische Organisation von Richter_innen und Staatsanwält_innen)
Syndicat libre de la magistrature, SYLIMA (Freie Gewerkschaft der Richter_innen und Staatsanwält_innen)	–	Ady Macky Sall	–	
Gesundheitssektor				
Le syndicat national de la santé, de l'action sociale et de la promotion de la famille, SNS-AS (Nationale Gewerkschaft für Gesundheit, Soziales und Familienförderung)	UNTM	Kodou Dembélé	k.A.	Public Services International (PSI)
Bergbau				
La Section Nationale des Mines et des Industries, SEC-NAMI (Nationale Sektion für Bergbau und Industrie)	UNTM	vakant	k.A.	–
Öffentliche Verwaltung				
Syndicat national des travailleurs des administrations d'Etat, SYNTAD (Nationale Gewerkschaft der Beschäftigten der staatlichen Verwaltungen)	UNTM	Yacouba Katilé (auch Generalsekretär der UNTM)	k.A.	–
Transport				
Le syndicat national des chauffeurs et conducteurs routiers du Mali, SYNACOR-MALI (Nationale Gewerkschaft der Fahrdienstleistenden in Mali)	–	offen	k.A.	International Transport Workers' Federation (ITF)
Informeller Sektor				
Syndicat national des commerçants détaillants du Mali, SYNACODEM, (Nationale Gewerkschaft der Einzelhändler_innen in Mali)	–	Baba Tidiani Konandji	k.A.	–
Union Nationale des Travailleurs de l'Economie Informelle, UNTEI (Nationale Union der informell Beschäftigten)	–	Kalilou Sangare	k.A.	–

de la Transition, CNT); und die Generalsekretärin der CDTM war zeitweise Bildungsministerin der Übergangsregierung.

Da es keine genauen Mitgliederzahlen und keine öffentlich zugänglichen Daten über Mitgliedsbeiträge gibt, sind genaue Aussagen zur Verfasstheit und Größe der Einzelgewerkschaften schwierig. Im Bankensektor ist jedoch SYNABEF sehr einflussreich. 2015 und 2019 gelang es der Gewerkschaft, den gesamten Bankensektor mit seinem Arbeitskampf lahmzulegen. Zwar gab es daraufhin Verhandlungserfolge, die jedoch in der Folge nur unzureichend umgesetzt wurden. Grundsätzlich bleiben Erfolge des Arbeitskampfes aufgrund fehlender Implementierungen immer wieder auf der Strecke.

Die Gewerkschaften im malischen Bildungsbereich haben vermehrt gezeigt, dass sie gemeinsam auftreten können. Insofern können die Nachteile der Fragmentierung zum Teil ausgeglichen werden. Dennoch finden im Bildungsbereich weiterhin viele Streiks statt, da die Arbeitskämpfe in den Instanzen zuvor häufig nicht geklärt werden können. Wenn auch nicht offiziell als Gewerkschaft anerkannt, ist die UNTEI als Organisation der informell Beschäftigten inzwischen ein wichtiger Partner für die größeren Dachverbände UNTM und CSTM. Diese Kooperation ermöglicht die Interessenvertretung von informell Tätigen in den gewerkschaftlichen Tätigkeitsfeldern.

Dank ihres hohen Organisationsgrads haben die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor einen wirkmächtigen Hebel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Auch in mehreren privatwirtschaftlichen Sektoren mit hohem Organisationsgrad – beispielsweise im Bankensektor und im Bergbau – konnten die Gewerkschaften immer wieder Erfolge verzeichnen, insbesondere bei Gehaltsverhandlungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Da eine überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmenden in Mali jedoch informell arbeitet, sind diese Errungenschaften allerdings begrenzt.

Nur wenige multinationale Unternehmen sind in Mali aktiv, etwa im Telekommunikationssektor der französische Anbieter *Orange*. Dort und anderswo gibt es gewerkschaftliche Vertretungen, die meist aber nur lokal agieren. Die Rivalität und Fragmentierung zwischen den Dachverbänden und Einzelgewerkschaften führt häufig dazu, dass der soziale Dialog in Mali nicht als inklusiv wahrgenommen wird.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Mali hat neun der zehn Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, *International Labour Organisation*) ratifiziert. Das Übereinkommen 187 über den Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz aus dem Jahr 2006 wurde bisher nicht unterzeichnet. Umgesetzt werden die Kernarbeitsnormen vorwiegend im öffentlichen Sektor. In der Privatwirtschaft sowie der Landwirtschaft werden die Arbeitsnormen nur unzureichend umgesetzt, und Verstöße werden selten verfolgt. Für die meisten Beschäftigten des informellen Sektors sind die Schutzfaktoren praktisch nicht vorhanden.

Auch nationale Gesetze und Arbeitsrichtlinien werden oft nur unzureichend angewendet und durchgesetzt. Im ertragreichen Bergbausektor ist die Nichtbeachtung von Menschenrechten und Arbeitskonventionen mit am größten. Die multinationalen Firmen aus Kanada, der Türkei oder der Volksrepublik China, die Gold und andere Rohstoffe abbauen, bewegen sich vielfach außerhalb der Gesetzgebung und setzen auf informell Beschäftigte und Subunternehmen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Durch die bereits angesprochene hohe Fragmentierung und dem Mangel an Ressourcen für den Arbeitskampf sind Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen auf Betriebsebene nur in geringem Maße erfolgreich. Dennoch ist es zentral, dass diese Verhandlungen geführt werden, da bereits geringe Erfolge die Lebenswirklichkeit der Arbeitnehmenden positiv beeinflussen kann. Ferner beteiligen sich die Gewerkschaften aktiv an der Ausarbeitung von Normen; sie vertreten die Interessen der Beschäftigten in den Strukturen des sozialen Dialogs (hier sind vor allem die Dachverbände aktiv, aber auch einzelne Sektorgewerkschaften, vor allem im Bildungssektor); und schließlich beteiligen sich die Gewerkschaften als soziale Akteure am öffentlichen Leben.

Im informellen Bereich arbeiten nur wenige Gewerkschaften, wie etwa SYNACODEM. Entsprechend werden die Interessen von prekär und informell Beschäftigten – etwa in der Landwirtschaft, Hausangestellte und junge Arbeitnehmer_innen – eher von Verbänden, NGOs und anderen Gruppierungen vertreten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Obwohl die Gewerkschaften offiziell parteipolitisch unabhängig sind, kommt es vor, dass sie mit bestimmten politischen Parteien zusammenarbeiten, um ihre Interessen durchzusetzen. So haben die Gewerkschaften des Bildungssektors unter der zivilen Regierung von Präsident Ibrahim Boubacar Keita immer wieder mit der Opposition zusammengearbeitet. Der Dachverband CSTM spielte zudem eine entscheidende Rolle bei den Demonstrationen gegen IBK im Jahr 2020. Heute sind Personen aus der Führungsebene der Gewerkschaften Minister_innen, Mitglieder des CNT oder Vorsitzende von Institutionen.

Einfluss nehmen die Gewerkschaften auch durch ihre Beteiligung an der Ausarbeitung der Arbeitsgesetzgebung (Arbeitsgesetzbuch, Beamtenstatut und Tarifverträge). Durch die Teilnahme am sozialen Dialog haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, bestimmte Themen auf die Agenda zu setzen, auch wenn dieser Dialog zaghaft und nicht inklusiv ist. Initiativen der Übergangsregierung, den Dialog wieder aufleben zu lassen, wurden medienwirksam angekündigt, haben bisher aber nicht zu realen Erfolgen geführt.

Da viele der Gewerkschaften als zu sehr auf eigene Organisationsinteressen konzentriert gelten haben sie es oftmals schwer in der öffentlichen Meinung. Bei den Arbeitskämpfen im Banken- oder Bildungssektor wurden in der Vergangenheit insbesondere Streikankündigen mit Unverständnis aufgenommen.

Ein wichtiges Thema ist die Arbeitsmigration. Viele Malier_innen versuchen im Ausland zu arbeiten in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Zugleich ist Mali ein Transitland, das Menschen vom Golf von Guinea in Richtung Nordafrika durchqueren. Es ist daher im Interesse von malischen Gewerkschaften, sich hierzu transnational zu koordinieren. In diesem Zusammenhang ist die Organisation *Réseau Syndical Migrations Méditerranéennes Subsahariennes* (RSMMS, Gewerkschaftliches Netzwerk der Migrant_innen im Mittelmeerraum und Subsahara-Afrika) aktiv, die auf internationaler Ebene Gewerkschaften aus dem Sahel, dem Mittelmeerraum und Europa vereint und sich für den Schutz der Rechte von Arbeitsmigrant_innen einsetzt. UNTM und CSTM sind darüber hinaus Mitglieder des IGB sowie der OATUU.

Malische Gewerkschaften müssten die Fragmentierung überwinden bzw. zu wichtigen Themen gezielter zusammenarbeiten sowie effizienter im Mitgliedermanagement und der Beitragserhebung werden. Die Zusammenarbeit von UNTM und CSTM in den letzten Jahren ist hier ein wichtiger Schritt.

Die malische Regierung (ob vor den Putschen oder in der jetzigen Übergangszeit) setzte zu keinem Zeitpunkt entschlossen genug die von ihr selbst verabschiedeten Arbeitsnormen und Gesetze durch. Bezüglich der Einhaltung von Arbeitsstandards müsste der internationale Druck auf multinationale Unternehmen erhöht werden, insbesondere im Bergbausektor. Dies müsste vor allem in den Heimatländern der Firmen erfolgen (zum Beispiel in Kanada und der Türkei).

Christian Klatt, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali (2019–2024)

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastraße 17 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Britta Utz, Referentin Südafrika,
Gewerkschaften und Soziale Gerechtigkeit
britta.utz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.